

# Der Himmel, ganz nah

Freiheit, Gerechtigkeit und eine paradiesische Zukunft versprechen die Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens. Damit wollen sie den Sozialstaat retten – oder abwickeln?

VON ANDREA TEUPKE

**G**ötz Werner hat eine Vision. »Träumen Sie sich hinein«, beschwört er seine Zuhörer, »wie würde Ihr Leben aussehen?« Ohne Existenzangst, ohne die drückende Sorge ums Überleben, frei für die Dinge und Tätigkeiten, die jedem am Herzen liegen – es ist ein erfülltes, ein beglückendes Leben, das Götz Werner vor Augen hat. »Träumen Sie sich da hinein«, ruft der Unternehmer aus Karlsruhe in den Saal, und in seinem nordbadischen Dialekt klingt das »sich« wie »sisch«: »Wie sich die Ehe verändern würde, wenn alle Frauen ein Grundeinkommen hätten: Die Männer müssten sich ganz schön anstrengen!«

Gelächter im Auditorium. Weit über tausend Besucher sind der Einladung der *GLS Gemeinschaftsbank* gefolgt und ins Hamburger Kongresszentrum gepilgert, um vom *bedingungslosen Grundeinkommen* zu erfahren. Wenige Wochen zuvor dasselbe Bild in Freiburg; einige Tage später ein einwöchiger Kongress in Basel: Das Thema Grundeinkommen zieht Menschen an wie derzeit kaum ein anderes; verspricht es doch, mit einem eleganten Dreh all die komplizierten Fragen nach Sozialstaat und Rente, nach Gerechtigkeit und Arbeit aus der Welt zu schaffen.

Dabei ist die Idee keineswegs neu. Immer wieder haben Sozialreformer und Utopisten jeglicher Couleur die staatliche Grundrente für jedermann gefordert. Doch Götz Werner ist nicht irgendwer. Kein blasser Wissenschaftler oder strubbliger Altlinker, sondern Gründer und Chef der rasant expandieren-

den DM-Drogeriemarktkette, Arbeitgeber für 25 000 Mitarbeiter, preisgekrönt für seine innovative Ausbildungspolitik, ein Unternehmer, über den sich sogar Gewerkschafter nur lobend äußern und den die *Tageszeitung* als den »guten Riesen« betitelte – so viel Erfolg macht glaubwürdig. Wer ein Unternehmen zu führen weiß, dem möchte man auch das Staatsschiff gerne anvertrauen.

Dazu kommt: Götz Werner ist ein Redner von hohen Gnaden. Er erzählt Anekdoten, zitiert Goethe, schimpft und scherzt, nuschelt und predigt und bleibt dabei unbeirrbar freundlich. »Sie hören das doch gerade zum ersten Mal«, beruhigt er einen skeptischen Fragesteller: »Sie haben doch gerade erst angefangen, darüber nachzudenken.«

Götz Werner denkt schon lange. In den Achtzigerjahren begann er, sich mit der Anthroposophie, der Lehre Rudolf Steiners, zu beschäftigen. Was viele nicht wissen: Steiner wollte nicht nur die Pädagogik, die Landwirtschaft und die Medizin reformieren, ihm schwebte auch eine völlig neue Wirtschaftsordnung vor. Das Einkommen müsse von der Erwerbsarbeit entkoppelt werden, forderte er bereits vor hundert Jahren. Zu der Utopie Lenins »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«, sagte er: »Diese soziale Ordnung kann nicht mit heutigen Menschen erreicht werden, dazu ist ein ganz neuer Menschenschlag erforderlich, der erst entstehen muss.«

Heute, hundert Jahre später, meint Werner, sei die Zeit allmählich reif für diese Utopie. Die Produktivität sei hoch genug, um ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden –

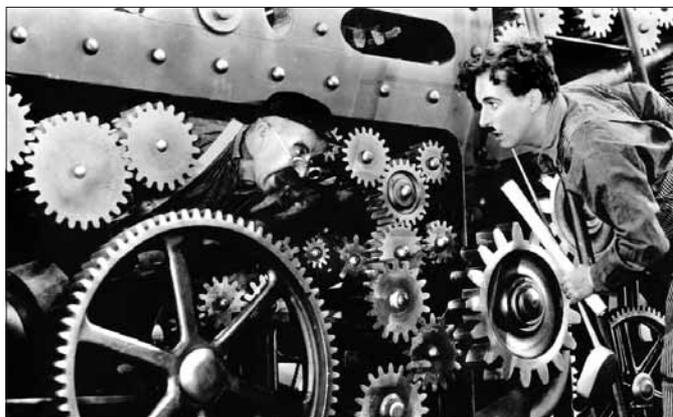
»von der Wiege bis zur Bahre« – zu ermöglichen. »Wir leben in der Fülle!«, ruft Werner. »Unsere Vorfahren hätten sich nie vorstellen können, dass es jemals eine solche Fülle an Dienstleistungen und Gütern geben würde.«

Finanziert werden soll das Grundeinkommen aus der Mehrwertsteuer. Dafür will Werner alle anderen Steuern und Sozialabgaben abschaffen. Direkte Steuern wie Einkommens- oder Gewinnsteuern seien nur in der Selbstversorgergesellschaft sinnvoll, argumentiert Werner. In einer globalisierten und arbeitsteiligen Welt, wo jeder immer für andere arbeitet und Güter verbraucht, die andere hergestellt haben, sei es sinnvoll, ausschließlich den Konsum zu besteuern.

»Mit unserm heutigen System belasten wir die Menschenarbeit und subventionieren die Maschinenarbeit«, sagt Werner. Eine Konsumsteuer dagegen belaste »die gesamte Wertschöpfung. Die Konsumsteuer ist die Steuer der Fremdversorgung, die Steuer der internationalen Wirtschaft« – und das Grundeinkommen nichts anderes als eine Art Steuerfreibetrag: »Man definiert die Grundlebensbedürfnisse, fragt, wie hoch der Steueranteil daraus ist, und den zahlt man dann aus.«

Eine Logik, die nicht jedem sofort einleuchtet: Im Saal breitet sich verblüfftes Schweigen aus. Um so lieber folgen die Zuhörer Werners Zukunftsvisionen: »Wenn alle Menschen ein Grundeinkommen haben«, schwärmt er, »dann müssen sich die Unternehmer anstrengen, interessante Arbeitsplätze anzubieten, sonst kommt da niemand. Wie viele Menschen haben denn in Wirk-

FOTOS: CINETEXT (2), ULLSTEIN



Raus aus der Tretmühle: Hätte Charlie Chaplin »Moderne Zeiten« gedreht, wenn er ein Grundeinkommen bezogen hätte?

lichkeit gar keinen Arbeitsplatz, sondern nur einen Einkommensplatz?»

Das Grundeinkommen garantiere Wahlfreiheit, glaubt Werner: Die Freiheit, eine bezahlte Arbeit anzunehmen oder eben nicht, die Freiheit, eigenen Interessen zu folgen, sich der Familie, der Kunst oder sozialem Engagement zu widmen, die Freiheit, sich weiterzuentwickeln. Konsequenterweise will er das Grundeinkommen so hoch ansetzen, dass es nicht nur das Existenzminimum, sondern das »Kulturminimum« deckt; es soll dem Einzelnen Luft zum Atmen, Freiraum zur Entwicklung lassen.

Götz Werner ist sicher der prominenteste, aber bei Weitem nicht der einzige Verfechter dieser Idee. So formierte sich bereits vor drei Jahren in Frankfurt die »Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung«. Vor zwei Jahren entstand das »Netzwerk Grundeinkommen«, ein loser Zusammenschluss von 30 Organisationen mit fast 800 Menschen, darunter Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitz-

zende der *Linkspartei.PDS*, oder Michael Opielka, ehemals einer der sozialpolitischen Vordenker der Grünen.

Das Grundeinkommen fasziniert Altlinke genauso wie Neoliberale, FDP-Mitglieder ebenso wie Unionspolitiker. Längst kursiert die Idee nicht nur in akademischen Zirkeln: Mit Dieter Althaus hat sich sogar ein leibhafter Ministerpräsident dafür ausgesprochen. Kein Wunder, verspricht das Modell doch die Quadratur des Kreises: Die Armen hätten mehr Geld, gleichzeitig könnten die Bruttolöhne sinken, Arbeit würde billiger, die Unternehmen investierten wieder mehr. »Deutschland wird ein Arbeits- und Investitionsparadies«, jubelt Götz Werner und zitiert aus einer Zuschrift: »Das Grundeinkommen versöhnt mein sozialistisches Herz mit meinem neoliberalen Verstand.«

Manchmal siegt der Verstand auch über das Herz. Folgt man etwa Thomas Straubhaar, dem Direktor des *Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts*, dann verwandelt sich die

schöne neue Freiheit rasch in eine sehr hässliche: »Man muss die Menschen schon noch etwas Druck spüren lassen«, sagt der Wirtschaftsprofessor auf dem Podium in Hamburg: »Wer sich mit dem Grundeinkommen begnügt, soll ein vergleichsweise hartes Leben haben.«

Straubhaar will die Bürokratie abschaffen – und den Sozialstaat gleich mit. 600 Euro für jeden, aber darüber hinaus keinen Cent: »Keine Rente, kein Arbeitslosengeld, kein gar nichts.« Sein Argument sind die Lohnnebenkosten. Arbeit – und da deckt sich seine Logik mit der Werners – müsse wieder bezahlbar werden, hämmert er seinen Zuhörern ein. Ohne Lohnnebenkosten würden die Arbeitnehmer sogar bei sinkenden Bruttolöhnen netto mehr verdienen, dank des Grundeinkommens reichten dann auch schlechter bezahlte Tätigkeiten zum Überleben, es entstünde eine Fülle von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, kurz: Straubhaar predigt den schlanken Staat, das Arbeitgeberparadies.

Im Saal breitet sich Unruhe aus; die neoliberalen Ausführungen stören die allgemeine Harmonie gewaltig. »Wer hat denn den eingeladen?«, ruft eine Stimme von hinten, und die Moderatorin fragt zaghaft, wie man denn von dem Grundeinkommen leben solle, wenn es sogar Miete und Gesundheitskosten abdecken müsse. Straubhaar ist unbeirrt: »Das liegt nur daran, dass Sie im Status quo verhaftet sind«, erklärt er. Sein Kombilohn-Modell werde die Wirtschaft dermaßen beflügeln, dass alle Preise ins Rutschen kämen und die reale Kaufkraft gewaltig wüchse.

Tatsächlich liegt jedoch hier ein Schwachpunkt der Utopie: Selbst die tausend Euro »Kulturminimum«, die Götz Werner jedem zubilligen möchte, reichen nicht zum Leben. Als Zusatzeinkommen für die *Generation Praktikum*, zur Finanzierung des Studiums oder als Überbrückung zwischen zwei Jobs mögen sie enorm großzügig erscheinen. Doch was ist mit Menschen, die sich nichts dazuverdienen können, weil sie dauerhaft nicht erwerbsfähig sind? Behinderte, Pflegebedürftige oder gar Wachkoma-Kranke brauchen ein Vielfaches dieser Summe.

Bei solch lästigen Details winkt Werner gleich ab: »Man muss sich vor zwei Fallen hüten«, sagt er, »das eine ist die Abstraktionsfalle, das andere die Beispielfalle.« Ihm gehe es darum, eine revolutionäre Idee zu verbreiten, die Umsetzung sei dann eine ganz andere Frage. Und dann sagt er noch den schönen Satz: »Wer will, findet einen Weg; wer nicht will, findet Gründe.«

Offensichtlich wollen viele. Am Ende der Hamburger Diskussion bildet sich sogleich eine weitere Initiative. Ihr Ziel: Die Vision des bedingungslosen Grundeinkommens zu diskutieren und weiterzutragen. ■

Eine gekürzte Fassung des Streitgesprächs zwischen Thomas Straubhaar und Götz Werner steht im Internet unter [www.publik-forum.de](http://www.publik-forum.de)

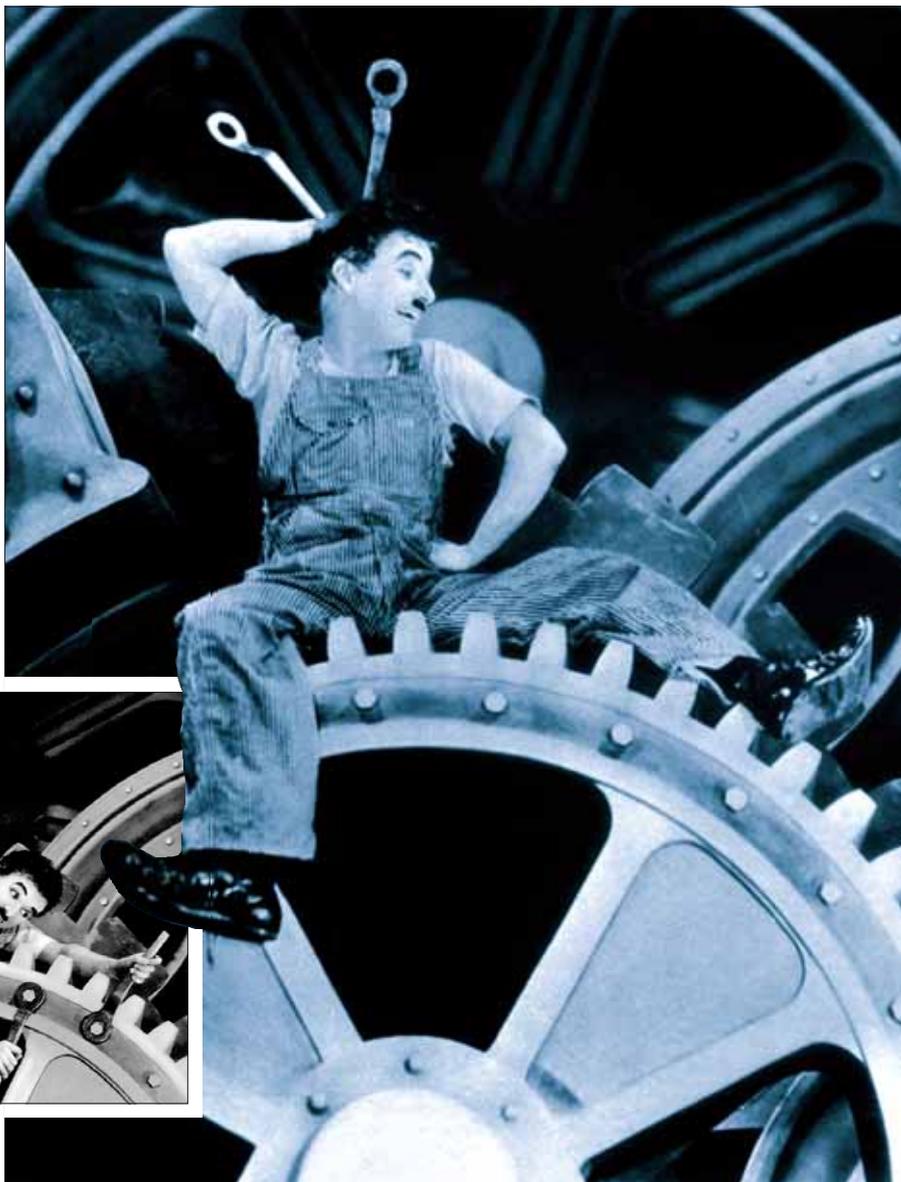


FOTO: PAV/DEFA

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens ist bestechend einfach und ermöglicht uns, wirkliche Freiheit zu fördern – und sie ist nur als Freiheit der Bürger zu haben.

Wer erhält es? Jeder Staatsbürger erhält es von der Wiege bis zur Bahre, Kinder wie Erwachsene. Es wird im Voraus gewährt, verlangt keine Gegenleistung. Genau darin unterscheidet es sich von allen Transferzahlungen (ALG I und II, Rente, Sozialhilfe ...), die wir heute haben. Je höher das bedingungslose Grundeinkommen wäre, desto größer die Freiheit, die wir uns ermöglichen. Je niedriger es wäre, desto mehr entstände wieder ein Zwang, ein zusätzliches Erwerbseinkommen zu erzielen.

**Familie:** Pro Kopf gewährt, würde ein solches Grundeinkommen Familien absichern, zu jeder Zeit. Eltern könnten sich ihren Kindern widmen, sie benötigten kein Erwerbseinkommen, um die Familie zu versorgen. Auch beruflichen Erfolg anzustreben läge ganz in ihrer Hand, doch würden sie nicht mehr dazu genötigt.

**Jugend:** Einfacher als heute wäre es für Jugendliche und junge Erwachsene, auf eigenen Füßen zu stehen. Geduldig herauszufinden, was sie interessiert, wäre gewünscht. Als Muße würde erkennbar und lebbar, was heute als Herumtrödelei beklagt wird. Herauszufinden, worin die eigenen Stärken liegen, dazu würden – nicht nur – Jugendliche ermuntert. Wofür auch immer sie sich dann interessierten, entscheidend wäre, dass sie es wirklich wollen – das ist die beste Voraussetzung für Leistung und damit unsere Zukunft als Gemeinwesen.

**Bildungswesen:** Das Bildungswesen sollte sich eines zur Maxime machen: Neugierde zu fördern und Erfahrung zu ermöglichen, und zwar jedem nach seinen Fähigkeiten. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit welcher Sache auch immer würde gefördert – statt alle Bildung immer nur in arbeitsmarktaugliche Fertigkeiten zu überführen. Wer sich nach seinen Neigungen und Interessen bilden kann, wird auch etwas leisten können. Dies ist die beste Grundlage dafür, ein freizeitlebendes Leben zu führen und zum Gemeinwohl beizutragen.

**Unternehmen:** Organisationen, öffentliche wie private, wären aufgerufen, um Mitarbeiter zu werben. Gute Arbeitsbedingungen müssten sie bieten, um attraktiv und interessant zu sein. Mitarbeiter wären kostbar, denn wer arbeitete, unternähme dies aus freien Stücken, wäre besonders motiviert. Unternehmen könnten radikal und

offensiv automatisieren. Menschliche Arbeitskraft zu schonen und Lebenszeit zu gewinnen wäre erwünscht und erstrebenswert. Das Grundeinkommen im Rücken verliehe Verhandlungsmacht: Erwerbseinkommen, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Abfindungsregelungen frei auszuhandeln wäre möglich.

**Engagement und Anerkennung:** Arbeitslos wäre niemand mehr, denn jeder könnte dort initiativ werden, wo er es für richtig und wichtig hält. Engagement hat schon heute viele Gesichter – allerdings erkennen wir bislang nur eines wirklich an: Erwerbsarbeit. Das hat uns in die Misere geführt, in der wir stecken. Das Grundeinkommen hingegen würde jedes Engagement in seiner Wertigkeit gleichstellen.

Nur damit ist für jeden von uns eine radikale Entscheidungsmöglichkeit eröffnet. Dieser Freiheit entspräche eine Zumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muss eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Worin aber eine vernünftige Antwort bestünde, würde nicht vorgeschrieben. Ob im Beruf, dem bürgerschaftlichen Engagement oder in der Familie: Die Entscheidung

wäre jedem Einzelnen von uns überlassen und aufgegeben.

**Vertrauen:** Freiheit ist gefährlich – für diejenigen, die sie fürchten. Wer sie fürchtet, traut sich selbst nicht und schon gar nicht den anderen. Die Folge: Bevormundung und Kontrolle. Heute legt sich dieses Misstrauen den Mantel der Fürsorglichkeit um. Doch wer Beschäftigungsprogramme fordert, fordert auch Arbeitsverpflichtung.

Weder der Marktradikalismus, der den Menschen als anreizbedürftiges Wesen betrachtet, noch die fürsorgliche Volksbetreuung, die stets Beschäftigung per Subvention für das Höchste hält, will den Bürgern Selbstbestimmung ermöglichen. Was heute als »Beratung« oder »aktivierende Sozialpolitik« daherkommt und zugleich mit Sanktionen droht, ist Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts des Scheiterns aller bisherigen Konzepte.

Wollen wir nicht das Fundament unseres Wohlstandes untergraben, müssen wir darauf vertrauen, dass der Einzelne seinen Beitrag leisten will. Unser Gemeinwesen kann nur bestehen, wenn wir Bürger frei sind, uns zu entscheiden. Darauf gründet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung – das Grundeinkommen wäre nur ihre Fortentwicklung. ■

**Sascha Liebermann** hat die Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« mitgegründet ([www.FreiheitStattVollbeschäftigung.de](http://www.FreiheitStattVollbeschäftigung.de)). Der Soziologe lehrt und forscht an der Universität Dortmund und beschäftigt sich derzeit mit dem Thema »Ohne Leistung keine Gegenleistung – Fragen der politischen Vergemeinschaftung«

# Rettet uns ein

Freiheit statt Vollbeschäftigung: Lösung sozialer Probleme

JA



»Ein bestechender Vorschlag: Niemand wäre arbeitslos«

Sascha Liebermann

**Experten zweifeln: Würde das soziale Grundeinkommen selbstbestimmte Arbeit ermöglichen – oder ein wachsendes Proletariat alimentieren?**



# Grundeinkommen?

oder aber Irrweg mit möglicherweise schwer wiegenden Folgen?

Was haben der neoliberale Ökonom Milton Friedman, der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus und manche autonomen Kulturrevolutionäre gemeinsam? Sie wollen die bestehenden sozialen Sicherungssysteme neu organisieren und ein bedingungsloses soziales Grundeinkommen einführen. Die einen, um die Lohnnebenkosten zu reduzieren, soziale Leistungen zu privatisieren und billige Arbeit zu vermehren. Die anderen, um sozialen und kulturellen Fortschritt zu ermöglichen. Beides zugleich wird kaum gelingen; eher werden die wohlmeinenden Anhänger des Grundeinkommens zu Handlangern für die neoliberalen Minimalisten.

Deutschland zählt nach wie vor zu den leistungsstärksten Volkswirtschaften der Welt. Zugleich wächst seit drei Jahrzehnten die Massenarbeitslosigkeit. Mit Hartz IV wächst gleichzeitig der Zwang, sich in Richtung Arbeitsmarkt zu bewegen, ohne dass die Perspektive, dort auch wirklich unterzukommen, entsprechend gewachsen wäre.

Vor diesem Hintergrund, so die Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens, erweise sich die Hoffnung auf Vollbeschäftigung als Lebenslüge. Diese Lebenslüge befördere ungerechte sowie autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft. Demgegenüber könne ein Grundeinkommen die Gesellschaft mit der Tatsache versöhnen, dass diese Arbeitsgesellschaft nicht für alle Arbeit habe. Zugleich sei dieses Projekt kul-

turevolutionär, weil es den Zwang zur Arbeit abschaffe, Bürokratie abbaue und soziale Gerechtigkeit auf der Basis von Wahlmöglichkeiten fördere. Da sie davon ausgehen, dass diese reiche Gesellschaft die Ressourcen für ein Grundeinkommen hat, ist die Einführung des Grundeinkommens für ihre Befürworter nur eine Frage besserer Steuerungsmechanismen.

Aber ist dieses Projekt nicht eher gefährlich als verheißungsvoll? Erwerbsarbeit ist mehr als nur Geldverdienst. Sie hat immer auch mit Anerkennung, Beteiligung und mit persönlicher Identität zu tun. Solange die Erwerbsarbeit eine so entscheidende Rolle für die Einzelnen wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft spielt, wäre es fatal, wenn die Gesellschaft ihre Anstrengungen, denen zu helfen, die Erwerbsarbeit suchen, mindern oder gar einstellen würde. Ein garantiertes Grundeinkommen könnte zu einem Gnadenbrot für die »Überflüssigen« dieser Gesellschaft verkommen; eine Art Stilllegungsprämie. Das Gegenteil aber, Aktivierung, ist nötig, um die Menschen einzubinden und teilhaben zu lassen.

Meine Befürchtungen beziehen sich auch auf das Transferriveau. Die wohlmeinenden Befürworter eines Grundeinkommens gehen davon aus, dass am Ende mehr Geld für die Menschen rauskommt als bei der Sozialhilfe oder beim ALG II. Vermutlich wird das Gegenteil der Fall sein: Erstens hat die Zahl der Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, in den letzten Jahren rapide zugenommen. Bleibt es bei dem Grundsatz, dass derjenige, der einer Erwerbsarbeit nachgeht, mehr haben soll als derjenige, der von Transfereinkommen lebt, dann wird der Druck steigen, Geldzahlungen ohne Gegenleistung zu kürzen. Zweitens widerspricht ein bedingungsloses Grundeinkommen der Idee von Leistung und Gegenleistung und stellt damit einen weitreichenden Bruch mit der Logik des deutschen Sozialstaates dar. Drittens geht von einer Umstellung auf ein steuerfinanziertes Grundeinkommen für alle ein Einnahmenproblem für den Staatshaushalt einher: Gegenwärtig werden 60 Prozent der Sozialausgaben durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestritten. Wie soll das Grundeinkommen finanziert werden, wenn diese Einnahmen völlig wegfallen? Wir sollten daher nicht auf das bedingungslose Grundeinkommen, sondern

## NEIN



»Das wäre ein Gnadenbrot; eine Art Stilllegeprämie«

Wolfgang Schroeder

auf eine immanente Strategie des Wandels setzen. Eine solche Strategie sollte für mehr Hilfe und menschliche Unterstützung durch dieses System werben. Das bedeutet vor allem, dass der Einzelfall ernst genommen werden muss. Gleichzeitig könnte man durchaus stärker darauf setzen, Grundsicherungselemente innerhalb der bestehenden Sicherungssysteme einzuziehen. Die finanzielle Voraussetzung dafür wäre, dass soziale Leistungen zukünftig stärker steuerfinanziert werden. Zudem brauchen wir eine Strategie der Beschäftigungsförderung und der sozialen Absicherung. Wichtig wären auch ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der forcierte Aufbau eines flächendeckenden Qualifikationssektors sowie nicht zuletzt ein überzeugendes Mindest- und Kombilohnkonzept. Zudem sollten die bestehenden Niveaus bei den sozialen Transferzahlungen mit guten Argumenten und viel Engagement verteidigt werden. Auch dieses Programm ist ambitioniert, steht aber nicht in der Gefahr, zu einer Steilvorlage für die neoliberalen *Chicago-Boys* zu werden. ■

Wolfgang Schroeder war viele Jahre Grundsatzreferent der IG Metall. Nach einem Jahr als Visiting Fellow an der Harvard University ist er inzwischen Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel



FOTO: ULLSTEIN - SZÉNE AUS »MODERNE ZEITEN« (1976)



# Der Traum, ganz real

Freiheit und Vollbeschäftigung: Ein Bürgergeld für alle könnte die Arbeitsgesellschaft auf neue Füße stellen. Der Versuch, eine Utopie mit der Wirklichkeit zu versöhnen

VON WOLFGANG KESSLER

**E**s gibt keinen Zweifel: Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist faszinierend. Doch ist sie niemals realisierbar. Die Antwort: Im Prinzip ja. Allerdings ist der Weg von der Utopie zur Wirklichkeit weit – in der komplexen Arbeitsgesellschaft von heute.

Wichtig ist, dass er überhaupt besritten wird. Denn mit den herkömmlichen Instrumenten der Wirtschaftspolitik ist Vollbeschäftigung wohl kaum mehr erreichbar. Seit 33 Jahren wächst die Erwerbslosigkeit in Deutschland treppenartig: In Zeiten von Wachstum und Hochkonjunktur stagniert die Arbeitslosigkeit oder sie geht leicht zurück. In jeder Krise steigt die Zahl der Arbeitslosen dann wieder an. Waren 1973 – im ersten Krisenjahr nach langem Boom – rund 330 000 Menschen arbeitslos, so sind es heute 4,8 Millionen. Und die meisten Fachleute rechnen auch in Zukunft mit weniger Arbeitsplätzen. Schließlich macht der technische Fortschritt es Jahr für Jahr leichter, mehr Waren und Dienstleistungen in kürzerer Zeit mit immer weniger Menschen herzustellen. Zudem kommen immer mehr

Massenwaren in den deutschen Supermärkten aus dem Osten und aus dem Süden der Welt. Die Wirtschaft wird weiter wachsen, die Zahl der Arbeitskräfte aber nicht.

## Vision und Realität

Was liegt also näher, als die Befreiung von einer Erwerbsgesellschaft zu fordern, die ohnehin keine Vollbeschäftigung mehr schafft? Also: Man gebe allen – ohne Bedingungen – ein monatliches Grundeinkommen von rund 1000 Euro und lasse sie dann entscheiden, ob sie sich auf der Grundlage dieses Grundeinkommens selbst verwirklichen oder noch zusätzlich Erwerbsarbeit leisten wollen. Dann könnten die Menschen ihre Ideen ohne Arbeitszwang verfolgen und die Unternehmen müssten Erwerbsarbeit so hoch bezahlen, dass sie auch für jene attraktiv wird, die eigentlich gar nicht arbeiten müssen.

Dieses Konzept klingt wahrlich verheißungsvoll. Und doch sind viele Fragen offen: Ist es gerecht, dass auch Millionäre und Wohlhabende ein Einkommen erhalten, das von allen finanziert wird? Ist die Sache nicht einfach zu teuer? Kann sich jemand vorstellen, dass diese Gesellschaft jedes Jahr 800 Milliarden Euro aufbringt, um allen ein

Grundeinkommen zu bezahlen – ohne Gegenleistung? Natürlich belaufen sich die Transferleistungen staatlicher Institutionen an die Bürger bereits heute auf rund 700 Milliarden Euro – doch da sind Versicherungsleistungen für Rente, Krankheit und Pflege mitgerechnet, die nicht einfach für ein Grundeinkommen zur Verfügung stehen. Dazu kommt ein ökonomisches Problem, das gerne unterschätzt wird: Die deutsche Wirtschaft steht in einem harten globalen Wettbewerb und wird dort kaum bestehen können, wenn die Arbeitsgesellschaft durch eine Einkommensgesellschaft ersetzt wird.

Ist die Diskussion über ein Grundeinkommen also schon zu Ende, bevor sie richtig begonnen hat? Die Antwort lautet: Nein. Denn es gibt ein Modell, das die Utopie des Grundeinkommens mit der Realität der Arbeitsgesellschaft versöhnt: Das Bürgergeld oder die negative Einkommenssteuer.

## Die große Chance: Das Bürgergeld

Die Grundidee ist einfach: Die meisten Sozialleistungen, von Bildungsgeld über Bafög, Wohngeld, Arbeitslosengeld II bis zur Sozialhilfe, werden ebenso abgeschafft wie der Grundfreibetrag und viele andere Son-

derregelungen im Steuersystem. Erhalten bleiben lediglich besondere Sozialleistungen wie zum Beispiel jene für Behinderte oder für Pflege.

Anstelle von Sozialleistungen, die nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werden, und komplizierten Steuervorteilen erhalten alle Bürgerinnen und Bürger vom Finanzamt ein Bürgergeld in einer bestimmten Höhe pro Monat: Zum Beispiel 700 Euro. Kinder sind mit 250 Euro dabei. Da dieses Grundeinkommen vom Finanzamt an die Bürger ausgezahlt wird, heißt es »negative Einkommenssteuer«. Mehr Bürgergeld – zum Beispiel einen Zuschlag von weiteren 350 Euro – erhält, wer verbindlich und nachweisbar gesellschaftlich notwendige Aufgaben erledigt, die heute immer wichtiger, aber nicht bezahlt werden: Kindererziehung; Betreuung von Jugendlichen; Pflege von Behinderten, Kranken oder Älteren, Bürgerarbeit oder kulturelle Arbeit.

Im Unterschied zu vielen Modellen eines bedingungslosen Grundeinkommens wird dieses Bürgergeld aber mit der »positiven« Einkommenssteuer verrechnet, die alle Erwerbstätigen von ihrem Erwerbseinkommen bezahlen. Dies bedeutet konkret: Wer keinerlei Erwerbsarbeit nachgeht, erhält vom Finanzamt 700 Euro pro Monat. Wer zusätzlich 1200 Euro verdient und davon 300 Euro an das Finanzamt abführen müsste, erhält dann nur noch ein Bürgergeld von 400 Euro. Ab einer bestimmten Einkommenshöhe entfällt das Bürgergeld, und man zahlt nur noch Steuer an den Staat. Das Sozialversicherungssystem wird nicht angetastet.

Was sind die Vorteile dieses Systems? Zunächst gibt es deutlich weniger Bürokratie, weil nicht mehr 40 Behörden 90 Sozialleistungen vergeben wie heute. Stattdessen verrechnet das Finanzamt die negative und die positive Einkommenssteuer. Der Staat würde viele Ausgaben einsparen, mit denen er heute Empfänger von Sozialleistungen und Arbeitslose verwaltet. Gleichzeitig ist das Bürgergeldsystem viel billiger als ein Grundeinkommen, das alle Bürger gleichermaßen erhalten. Denn mit wachsendem Einkommen gibt es kein Bürgergeld mehr. Und die negative Einkommenssteuer ist gerecht, denn von ihr profitieren in erster Linie und gezielt die Geringverdiener.

Das System des Bürgergelds versöhnt die Vision des Grundeinkommens mit der Realität der Arbeitsgesellschaft. Alle Menschen könnten sich in jeder Lebenslage auf ein Bürgergeld verlassen. Gleichzeitig bleiben die Anreize erhalten, sich für die Gesellschaft zu engagieren und Erwerbsarbeit zu leisten. Denn: Wer dauerhaft Kinder oder Ältere betreut, erhält ein höheres Bürgergeld. Wer Erwerbsarbeit leistet, verdient immer mehr als Leute, die nur von Bürgergeld leben. Erwerbsarbeit ist nach wie vor wichtig, um mehr Geld zu verdienen oder Karriere zu machen, aber sie ist nicht mehr das allein selig Machende.

Die Menschen hätten jetzt mehr Wahlmöglichkeiten: In jüngeren Jahren leisten sie vor allem Erwerbsarbeit, um sich im Beruf zu etablieren und Geld zu verdienen; Man lebt von Erwerbsarbeit und braucht kein Bürgergeld. In mittlerem Alter gewinnt womöglich die Kindererziehung an Bedeutung. Man verkürzt die Erwerbsarbeit und nimmt das Bürgergeld stärker in Anspruch. In späteren Jahren widmet man sich wieder der Erwerbsarbeit, um die Arbeitszeit dann mit wachsendem Jahren zu verkürzen und sich noch für andere zu engagieren. Im Zuge dieser Entwicklung nimmt die Nachfrage nach Vollzeitbeschäftigten ab, deren Zahl durch den technischen Fortschritt ohnehin zurückgeht. Dadurch sinkt die Arbeitslosigkeit. Und von all dem profitiert die ganze Gesellschaft, weil jene mit einem höheren Bürgergeld belohnt werden, die sich sozial engagieren.

### Die Finanzierung

Bleibt die Frage: Woher kommt das Geld für diese Vision? Die Antwort: aus drei Quellen. Zum einen spart der Staat einen dreistelligen Milliardenbetrag an Sozialausgaben. Denn Sozialhilfe, Kindergeld und jede Menge anderer Sozialleistungen würden ebenso entfallen wie zahlreiche Ausgaben für Arbeitslosigkeit und eine ganze Reihe von Steuerfreibeträgen wie zum Beispiel das Ehegattensplitting und der Kinderfreibetrag. Allein diese Entlastung und die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit durch die vielen Möglichkeiten, Arbeit und Bürgergeld zu kombinieren, stark zurückgehen wird, finanzieren nach Berechnungen des Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlers Joachim Mitschke ein Bürgergeld.

Für ein Grundeinkommen in Höhe von rund 700 Euro pro Monat reichen diese Einsparungen jedoch nicht aus. Deshalb müsste die Gesellschaft darüber nachdenken, wie sie einen Teil der ungeheuren Produktivität des technischen Fortschritts in die soziale Absicherung der Menschen investieren kann. Eine Möglichkeit wäre eine Wertschöpfungsabgabe, die Erträge aus dem technischen Fortschritt für die Neugestaltung des sozialen Lebens umverteilt. Und zum Dritten könnte man den Luxuskonsum durch einen dritten, höheren Mehrwertsteuersatz auf teure Konsumgüter belasten: Dann würde sich nur der Luxuskonsum verteuern und nicht der tägliche Bedarf.

Ist das nur eine Utopie, die nie Wirklichkeit wird? Möglicherweise. Sicher ist jedoch, dass wir in den kommenden Jahrzehnten über neue Grundlagen für die Arbeits- und Sozialkultur in einer globalisierten Weltwirtschaft nachdenken müssen. Wenn sich die Politik solchen Überlegungen verweigert und auf jedes Problem nur mit neuer Flickschusterei antwortet, dann verliert Deutschland nicht nur seine Zukunftsfähigkeit, sondern den wichtigsten Produktionsfaktor: die Kreativität der Menschen. ■

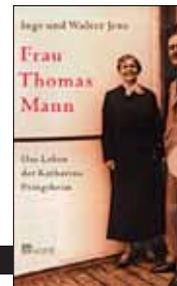
# handsigniert

Bücher im Publik-Forum-Bücherdienst

NEU



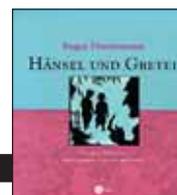
Anselm Grün  
**Die Zehn Gebote**  
Der Autor zeigt, wie die Zehn Gebote für jeden einzelnen Menschen als Wegweiser in die Freiheit verstanden und als praxisnahe Lebenshilfe in den Alltag integriert werden können.  
174 S., 16,90 €  
**Bestell-Nr. 7467**  
**handsigniert**



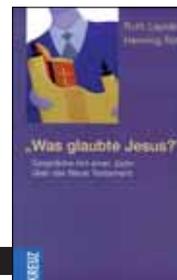
Inge und Walter Jens  
**Frau Thomas Mann**  
Inge und Walter Jens schildern das Leben einer ungewöhnlichen Frau und geben zugleich überraschende Einblicke in das Leben der Familie Mann.  
352 S., 9,90 €  
**Bestell-Nr. 5693**  
**handsigniert**



Margot Käßmann  
**Erziehen als Herausforderung**  
Die evangelische Bischöfin und Mutter von vier Kindern gibt ihre eigenen Erfahrungen weiter: Anregungen für eine Erziehung, in der auch Spiritualität eine Rolle spielt.  
192 S., 9,90 €  
**Bestell-Nr. 7184**  
**handsigniert**



Eugen Drewermann  
**Hänsel und Gretel**  
Dieses Märchen ist die Kindergeschichte schlechthin. Auf geniale Weise verknüpft es den Wunsch aller Kinder nach Süßigkeiten und Gebäck mit dem Kontrast äußerster Not und Entbehrung.  
96 S., 18 €  
**Bestell-Nr. 7048**  
**handsigniert**



Ruth Lapide (signiert), Henning Röhl  
**»Was glaubte Jesus?«**  
Gespräche mit einer Jüdin über das Neue Testament.  
160 S., 19,95 €  
**Bestell-Nr. 7277**  
**handsigniert**

Diese Bücher können Sie handsigniert über den Publik-Forum-Bücherdienst bestellen. Bitte benutzen Sie den **Bestellcoupon auf Seite 61**